

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbotsverfahren
umsetzen**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass das durch die maßgebliche Unterstützung der Landesregierung und auf Antrag des Bundesrates eingeleitete NPD-Verbotsverfahren weiterhin geboten ist.
2. Der Landtag nimmt den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19.03.2015 sehr ernst. Etwaige Zweifel des Gerichts an „Abschaltungen“ von V-Leuten bzw. an dem Verzicht auf Nachsorge bei „abgeschalteten Quellen“ sowie daran, dass sichergestellt ist, dass keinerlei nachrichtendienstlich erlangte Informationen über die Prozessstrategie der Antragsgegnerin erlangt bzw. verwertet werden, müssen vollumfänglich ausgeräumt werden.
3. Die Landesregierung wird gebeten, an der Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes durch den Bundesrat mitzuwirken.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion